

Datenschutz

Informationspflichten gemäß Art. 13 / Art. 14 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)

Datenschutzhinweise der Kreisverwaltung Bad Dürkheim,

Betreuungsverein Landkreis Bad Dürkheim e.V.

1. Verantwortlicher (Art. 13 und Art. 14 Abs. 1 lit. a DS-GVO)

Betreuungsverein Landkreis Bad Dürkheim e.V.
vertreten durch den 1. Vorsitzenden Herrn Claus Potje
Philipp-Fauth-Straße 11
67098 Bad Dürkheim

Tel.: 06322/961-0
Fax: 06322/961-1156

E-Mail: info@kreis-bad-duerkheim.de

2. Beauftragte oder Beauftragter für den Datenschutz (Art. 13 und Art. 14 Abs. 1 lit. b DS-GVO)

Kreisverwaltung Bad Dürkheim
Die Datenschutzbeauftragte
Philipp-Fauth-Straße 11
67098 Bad Dürkheim

Tel.: 06322/961-0

E-Mail: datenschutzbeauftragte@kreis-bad-duerkheim.de

3. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 13 und Art. 14 Abs. 1 lit. c DS-GVO)

- Führung von gesetzlichen Betreuungen im Auftrag des Betreuungsgerichts
- Gewinnung und Fortbildung ehrenamtlicher Betreuer
- Information und Beratung zu vorsorgenden Verfügungen

Rechtsgrundlagen:

BGB Bürgerliches Gesetzbuch §§ 1896-1908i BGB

AGBtR Landesgesetz zur Ausführung des Betreuungsrechts

VBVG Vormünder- und Betreuervergütungsgesetz

Nach Art. 6 (1) c) DSGVO ist die Verarbeitung innerhalb der bestellten Aufgabenkreise rechtmäßig:

Art. 6 (1) c):

"die Verarbeitung ist zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich, der der Verantwortliche unterliegt;"

Die notwendige Verarbeitung von Daten außerhalb der Aufgabenkreise erfolgt ebenfalls rechtmäßig nach Art. 6 (1) f) DSGVO, soweit diese Daten zur Erfüllung der Aufgabenkreise erforderlich sind:

Art. 6 (1) f): "die Verarbeitung ist zur Wahrung der berechtigten Interessen des Verantwortlichen oder eines Dritten erforderlich, sofern nicht die Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Person, die den Schutz personenbezogener Daten erfordern, überwiegen, insbesondere dann, wenn es sich bei der betroffenen Person um ein Kind handelt."

Folgende Datenarten und -kategorien werden im Rahmen der Betreuertätigkeit verarbeitet:

Daten der betreuten Personen: Stammdaten, Kontaktdaten, Vermögensdaten, Bescheide und Beschlüsse, Gesundheitsdaten, Berichte und Gutachten;

Kommunikations-, Vertragsdaten von Vertragspartnern (Vermieter, Telefongesellschaften, Energieversorger, Rundfunkgebührenzentrale, Private Versicherungsgesellschaften, Handelsgesellschaften, etc., Kommunikationsdaten von sozialen und gesundheitlichen Dienstleistern (z. B.: Pflegediensten, soziale Einrichtungen, Krankenhäusern, Einrichtungen der medizinischen, pflegerischen, therapeutischen Versorgung, Ärzten, etc.)

Kommunikations- und Bescheid- Daten von Leistungsträgern des SGB sowie angegliederte Behörden (Rentenversicherer, Krankenversicherer, Bundesagentur für Arbeit, Jobcenter, Hauptfürsorgeamt, Landesamt für Soziales Jugend und Versorgung, Gesundheitsamt, Berufsgenossenschaften, etc.)

Kommunikationsdaten von Angehörigen, Lebenspartnern und anderen privaten Netzwerkpersonen, Personen aus dem sozialen Umfeld.

4. Empfänger oder Kategorien von Empfängern (Art. 13 und Art.14 Abs. 1 lit. e DS-GVO)

Die Daten werden an Behörden, Banken, Einrichtungen, Pflegedienste, Ärzte, Therapeuten, Vertragspartner weitergegeben, soweit dies zur Erfüllung der Aufgabenkreise der rechtlichen Betreuung erforderlich ist. Weiterhin werden Daten an Auftragsverarbeiter, z. B. zum Speichern und Sichern, mit einer rechtssicheren Auftragsverarbeitungsvereinbarung gemäß Art. 28 DSGVO übermittelt.

5. Übermittlung an Drittland (Art. 13 und Art.14 Abs. 1 lit. f DS-GVO)

Eine Übermittlung von Daten an ein Drittland (z.B. an die entsprechende Botschaft / Konsulat) findet im Ausnahmefall bei betreuten Personen mit einer anderen als der deutschen Staatsangehörigkeit statt, soweit dies im Rahmen der gesetzlichen Betreuung erforderlich wird.

6. Dauer der Speicherung (Art. 13 und Art.14 Abs. 2 lit. a DS-GVO)

Die oben genannten Daten werden für die Zeit der laufenden Betreuung gespeichert. Nach Beendigung der Betreuung werden die Daten so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen gemäß Abgabenordnung/Handelsgesetzbuch, bzw. aufgrund von anderen gesetzlichen vorrangig zivilrechtlicher Vorschriften, bzw. möglichen Haftungsansprüchen für die jeweilige Aufgabenerfüllung erforderlich ist. Im Regelfall nach 10 Jahren. Nach Beendigung der Betreuung werden die Daten mit Leseschutz versehen und somit ist deren Verarbeitung eingeschränkt (Art. 18 DSGVO).

7. Betroffenenrechte (Art. 13 und Art.14 Abs. 2 lit. c bis d DS-GVO)

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutzgrund-Verordnung insbesondere folgende Rechte:

- Recht auf **Auskunft** über die zu ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DS-GVO)
- Recht auf **Berichtigung**, soweit sie betreffende Daten unrichtig oder unvollständig sind (Art. 16 DS-GVO)
- Recht auf **Löschung** der zu ihrer Person gespeicherten Daten, soweit eine der Voraussetzungen nach Art. 17 DS-GVO zutrifft. Art. 17 Abs. 3 DS-GVO enthält Ausnahmen vom Recht auf Löschung zur Ausübung der Meinungs- und Informationsfreiheit, zur Erfüllung rechtlicher Speicherpflichten, aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit, für öffentliche Archivzwecke, wissenschaftliche, historische und statistische Zwecke sowie zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen.
- Recht auf **Einschränkung der Verarbeitung**, insbesondere
 - soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird, für die Dauere der Überprüfung der Richtigkeit,
 - wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt, wenn die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt werden und deshalb nicht gelöscht werden können, oder
 - wenn bei einem Widerspruch nach Art. 21 Abs. noch nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.

- Recht auf **Widerspruch** gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht das die Interessen, Rechte und Freiheiten der

betroffenen Person überwiegt, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DS-GVO) dient.

8. Beschwerderecht (Art. 13 und Art. 14 Abs. 1 lit. e DS-GVO)

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde beim **Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz**, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.